



VON EINER PANNE ZUR NÄCHSTEN

BER: Rechnung für Mehrkosten
zahlen die BürgerInnen

> Seite 3



REFORM DER HOCHSCHULEN

Ohne ausreichende
Finanzierung geht es nicht

> Seite 5



ANBAU VON ENERGIEPFLANZEN

Nahrungsmittel müssen
Priorität haben

> Seite 9



BAUSTELLE VERWALTUNG

Mit dieser Ausgabe von brandGRÜN starten wir in unser viertes Parlamentsjahr. Auch wenn die Schlagzeilen es nicht nahe legen: Landespolitik ist mehr als BER. Die Diskussion über die Kommunal- und Landesverwaltung spitzt sich zu. Angesichts der auf uns zukommenden demographischen Entwicklung ist die Frage nach zukunftsfähigen Verwaltungsstrukturen im Land nach wie vor unbeantwortet. Aufgabe der Landespolitik ist es, die Grundlagen für gleichermaßen flexible wie dauerhafte Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Wie sieht unser grüner Beitrag aus? Vor Reformen steht auch die Bildungspolitik, wenn Bildung tatsächlich Vorrang haben soll.

Wie steht es um die finanzielle Ausgestaltung der Hochschulen, woher sollen die fehlenden Lehrkräfte in unseren Schulen kommen? Weiterhin erfahren Sie in dieser Ausgabe mehr über die Zukunft der Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien und den konfliktbehafteten Anbau von Energiepflanzen auf hiesigen Feldern. Und das Thema Flughafen BER lässt uns natürlich auch nicht los.

Viel Spaß beim Lesen!

3 FRAGEN AN...**URSULA NONNEMACHER**

Seit einem Jahr berät eine Enquete-Kommission darüber, wie die Kommunal- und Landesverwaltung fit für die Zukunft gemacht werden kann. Wie fällt Ihre Zwischenbilanz aus?

Die Initiative zur Einberufung der Kommission haben wir unterstützt, weil es notwendig ist, die Herausforderung des demographischen Wandels auf allen Verwaltungsebenen anzugehen. Durch die massiven Veränderungen, die auch für die Finanztöpfe zu erwarten sind, stehen viele Fragen im Raum. Das macht die Arbeit sehr anspruchsvoll und umfangreich, wie der Zwischenbericht vom August zeigt.

Die Arbeit der Kommission geht nun in die zweite Halbzeit. Was erwarten Sie?

Ich erwarte in Zukunft kontroverse Diskussionen, da es bis in die Reihen der ExpertInnen hinein viele unterschiedliche Interessen gibt. Ob sich alle auf eine einheitliche Position einigen können, ist fraglich. Die Debatte kreist um die Frage, ob es überhaupt gravierende Änderungen geben muss und wie zentral bzw. dezentral öffentliche Aufgaben organisiert werden sollen. Für unsere Fraktion ist besonders wichtig, dass die demokratische Teilhabe der BürgerInnen gestärkt wird. Außerdem ist es sinnvoll, in der Debatte die Frage der Länderfusion Berlin/Brandenburg nicht zu vergessen.

Welche Entwicklungen gibt es außerdem?

Für Gesprächsstoff sorgt der Evaluierungsbericht zur Kommunalverfassung. Die Landesregierung ist der Meinung, die seit 2008 geltenden Regeln bedürften nur kleinerer Änderungen. Wir sehen das anders: Die Stellung der ehrenamtlichen GemeindevertreterInnen und der Gleichstellungsbeauftragten muss gestärkt werden. Außerdem brauchen wir u. a. Verbesserungen in Sachen BürgerInnenbeteiligung und Jugendarbeit. Wir planen dazu Änderungsanträge.

Ursula Nonnemacher ist Sprecherin für Kommunalpolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

MEHR INFORMATIONEN, BITTE!

Unsere Fraktion hat einen Entwurf für die Neuregelung des Akteneinsichts- und Informationszugangsrechts in den Landtag eingebracht, der von allen Fraktionen begrüßt wurde und nun weiter im Innenausschuss diskutiert wird. Die Novelle soll einen umfassenden Anspruch auf Zugang zu Informationen für BürgerInnen, Bürgerinitiativen und Verbände einführen. In Zukunft soll es weniger Ausnahmen geben. So müssten dann auch Unternehmen Auskunft erteilen. Ferner sollen die Behörden die BürgerInnen zukünftig von selbst informieren, z. B. über Verträge, die sie mit Privaten schließen.

Näheres auf www.gruenlink.de/ayj

ZU WENIGE LEHRERINNEN

Im neuen Schuljahr fehlen LehrerInnen. Zwar hatte Bildungsministerin Martina Münch (SPD) im Juni 550 neue Lehrkräfte versprochen, neu eingestellt wurden aber lediglich 450. Diese Zahl bleibt deutlich hinter dem errechneten Bedarf zurück. Auch in Zukunft müssen pro Jahr 600 LehrerInnen neu eingestellt werden – dafür hat das Ministerium noch keine Vorsorge getroffen. Die jetzt schon erschreckende Bildungsqualität in Brandenburg wird sich damit weiter verschlechtern.

Näheres auf www.gruenlink.de/avq

REFORMBEDARF AUF LOKALER EBENE

Unsere Fraktion hat ein Gutachten für eine Reform der Gemeindestruktur vorgelegt. Das beim Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer in Auftrag gegebene Werk ist eine Grundlage für unsere Positionierung in der Debatte über eine langfristig tragfähige Kommunal- und Landesverwaltung in der Enquete-Kommission 5/2. Die GutachterInnen empfehlen für Brandenburg ein Verbandsgemeindemodell, das sich u.a. durch eine bessere demokratische Legitimation als die heute bestehenden Ämter auszeichnet.

Näheres auf www.gruenlink.de/bie

FLUGHAFEN BER

CHRONIQUE SCANDALEUSE

Der Flughafen BER bleibt eine Skandalchronik: Ob Flugrouten, Finanzen, Lärmschutz oder Eröffnungstermine – Verschleierung, Fehleinschätzungen, Politikerversagen ohne Ende. Immer wenn ein Thema notdürftig bearbeitet erscheint, taucht die nächste Hiobsbotschaft am Horizont auf, und jede Schilderung der Ereignisse ist zum Zeitpunkt des Erscheinens von den allerneuesten Entwicklungen bereits überholt.

Die Kosten durchbrechen die 4-Milliarden-Grenze; die Landesregierung weigert sich, das im Planfeststellungsbeschluss festgelegte und vom Oberverwaltungsgericht bestätigte Lärmschutzniveau zu respektieren. Die Eröffnung wurde zum x-ten Mal verschoben. Die politische Verantwortung will niemand übernehmen. Platzeck, Christoffers und Markov denken nicht daran, ihre Aufsichtsratsmandate abzugeben, um

Platz für ExpertInnen zu schaffen, die Projekte dieser Größenordnung auch fachgerecht begleiten können.

Zu Lasten der SteuerzahlerInnen

Die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft FBB hatte dem Aufsichtsrat noch gar nicht dargelegt, wie die Mehrausgaben abgedeckt werden können, da waren von Finanzminister Markov bereits über 435 Millionen Euro in den Haushaltsentwurf 2013/14 eingestellt. Signal: Im Zweifel zahlen die BürgerInnen. Trotz der Skandale empfiehlt der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung die Entlastung des Vorstands – und seine eigene gleich mit. Dazu erhielten die Geschäftsführer großzügige Boni. Im Spiel sind öffentliche Mittel, ohne dass die Parlamente erkennen können, wohin die Reise geht. Dazu trägt die Form der FBB als privatrechtliche GmbH bei, die

sich vollständig in öffentlichem Eigentum befindet (je 37 % Berlin und Brandenburg, 26 % Bund). Die von uns angerufenen Rechnungshöfe sehen sich nicht in der Lage, sachgerecht zu prüfen: Zu wenig Personal und Kapazitäten, fehlende Kompetenzen und daraus resultierender unzureichender Zugriff auf die Dokumente setzen die Kontrollmechanismen außer Kraft. Da passt dazu, dass die FBB alle Aufsichtsratsprotokolle und Controllingberichte als Geschäftsgeheimnisse deklariert – obwohl Ministerpräsident Platzeck mehr Offenheit angekündigt hatte.

Wir lassen nicht locker

Mit der Intransparenz muss Schluss sein! Wir verlangen die vollständige Offenlegung all dieser Unterlagen und forcieren die politische Debatte. Das Pannenprojekt BER droht zur finanziellen Pleite für alle Beteiligten zu werden und den Landeshaushalt auf Jahre mit Millionenbeträgen zu belasten. Das lässt sich womöglich nicht mehr ganz verhindern, aber spätestens am Ende der Legislaturperiode wird abgerechnet. Und dann werden die Verantwortlichen sich auch nicht mehr hinter Geschäftsgeheimnissen verschanzen können.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Näheres auf www.gruenlink.de/avr



© nicholasberlin - photocase.com

WIE STEHT 'S UM DEN ÖPNV?

Anlässlich der Erarbeitung des Landesnahverkehrsplans 2013-2017 hat unsere Fraktion die Veranstaltungsreihe „Wo geht's lang zu Bus und Bahn?“ mit Stationen in Velten, Strausberg und Luckenwalde durchgeführt. Wir wollten wissen, wo konkret im öffentlichen Personennahverkehr der Schuh drückt und ob es Lösungswege gibt. In Velten hat uns Dr. Jürgen Gies vom Deutschen Institut für Urbanistik zunächst einen Einblick in die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in Brandenburg gegeben. Anschließend diskutierten die Teilnehmer-

Innen zwei Varianten einer besseren ÖPNV-Anbindung Velten. Die Ausweitung des Regionalbahnangebots hat dabei im Vergleich zur Verlängerung der S-Bahn den Vorteil, dass davon auch der stadtferne ländliche Raum profitieren würde. In Strausberg referierte Christfried Tschep vom Berliner Fahrgastverband IGEB zum Thema „Wachsende Gemeinden: Mehr Leute, mehr Bahnen?“. In der Diskussion über die S-Bahn-Anbindung wurde schnell deutlich, dass die Stadt mit 25.000 EinwohnerInnen den 20-Minuten-Takt bei der S-Bahn braucht. Die Landesregierung

muss hier zügig handeln. In Luckenwalde zeigte uns Melanie Herget von der TU Berlin alternative Mobilitätsdienstleistungen, die vor allem auf die Bedürfnisse von Familien abgestimmt sind. Anruf-Sammel-Taxis, Mobilitätsgutscheine, rollende Supermärkte oder Fahrgemeinschaftsbörsen sind einige Beispiele, die im ländlichen Raum das Angebot verbessern.

*Michael Jungclaus
Verkehrspolitischer Sprecher*

Näheres auf www.gruenlink.de/aq5

INKLUSION IST UNSER VORTEIL

Der Geschichtenerzähler und Filmproduzent Walt Disney hat gesagt, jedes funktionierende Team brauche mindestens drei Charaktere: einen Träumer, der mitreißende Visionen entwirft, einen Kritiker, der nur darüber redet, warum alles nicht funktioniert, und einen Realisten, der darauf drängt, doch einfach mit der Umsetzung zu beginnen. Von den Kategorien ‚besser‘ und ‚schlechter‘ ist dieser Denkansatz Lichtjahre entfernt. Das Gelingen eines Vorhabens hängt einzig davon ab, unterschiedliche Perspektiven einzubinden.

Unser Bildungssystem folgt einem anderen Credo: Wir sortieren Kinder nach Notenrastern, stecken sie (in Brandenburg zum Glück erst) nach sechs Jahren in unter-

schiedliche Schulen, unterscheiden klar nach den besseren Schülerinnen und Schülern und den schlechteren. Einmal in der Schublade der Schlechteren gelandet, ist ein Kind nicht nur demotiviert, sondern hat in aller Regel wenig Chancen, jemals zu den Guten aufzusteigen.

Inklusion nützt allen

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert ein Schulsystem, das Kinder wohnortnah und entsprechend ihren Möglichkeiten optimal fördert. Das bedeutet sehr viel mehr als vielleicht eine Rollstuhlfahrerin in der Klasse. Es bedeutet, dass alle Kinder, egal, ob schwerbehindert oder hochbegabt, frisch umgezogen oder nach längerer Krankheit wieder zurück in der

Schule, das Recht haben, ihrer speziellen Situation entsprechend optimal gefördert zu werden. Die Schule muss sich (mitsamt Lehrplänen und Bewertungen) an den Bedürfnissen der Kinder orientieren. Ein ‚Du passt nicht an diese Schule!‘ darf es nicht geben. Wir müssen aufhören, alle mit dem gleichen Maß zu messen und lernen, Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven im Sinne Disneys als Chance zu begreifen. Davon profitieren nicht nur diejenigen, die wir heute aussortieren, sondern wir alle.

*Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/5jq

HOCHSCHULSTRUKTUREN IM GENERATIONENWECHSEL

20 Jahre nach der Wende sorgen die Vorschläge der Hochschulstrukturkommission (HSK) zur weiteren Entwicklung der Hochschulen für heiße Diskussionen. Zu Recht: Was zwischen den Ohren wächst, ist Brandenburgs wichtigste Ressource und verdient optimale Bedingungen. Rot-Rot sorgt nicht für blühende Hochschullandschaften. Die Kommission formuliert deutlich: Mit den geringen Ausgaben legt die Regierung die Prioritäten nicht auf die Hochschulen und bricht das Koalitionsversprechen, Bildung habe Vorrang. Die neueste Markov'sche Personalplanung macht zudem klar, dass der Umbau auch vom Sparzwang diktiert wird. Kürzungen sind jedoch nicht das Mittel der Wahl.

Vorschläge der Strukturkommission

Bei der Diskussion über die weitgehend sinnvollen Vorschläge der HSK ist uns Bündnisgrünen wichtig, Bildung Priorität einzuräumen und die Umbauten nicht zur Sparorgie werden zu lassen. Wir teilen die Forderung nach mehr Kooperation zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen – auch über Landesgrenzen, vor allem mit Blick auf Berlin. Die Landesregierung könnte mit gezielten Anreizen hier klug steuern. Das hat sie in der Lausitz verpasst. Die Hochschulen sind für Weiterbildung und Menschen ohne klassische Zugangsberechtigung weiter zu öffnen und die Wissenschaft in der Region besser zu verankern.

Die Kapazitäten aus dem Studienplatzweiterungsprogramm sind zu verstetigen, denn der Studierendenberg ist ein Hochplateau, die Nachfrage ebbt bis 2025 nicht ab. Wir begrüßen das und halten es für zukunftsweisend, die Studierneigung weiter zu erhöhen und die Hochschulen für neue Zielgruppen zu öffnen. Demgegenüber befindet die HSK das grundständige Studienangebot für zu ausdifferenziert und benennt überflüssige Doppelstrukturen. Das Angebot sollte allerdings nicht in seiner Vielfalt ausgedünnt werden, denn die Nachfrage nach Fachkräften steigt.



Ausreichende Finanzierung bleibt Grundbedingung

Der Bericht ist nicht mehr und nicht weniger als guter Rat und Grundlage für die Diskussion zu verstehen, in die mithilfe der Beteiligten weitere soziale, ökonomische und politische Argumente einfließen müssen. Der Erfolg der Reform steht und fällt mit den Finanzen: Wenn die Landesregierung im Rahmen dieses Generationenwechsels die Hochschulen nicht endlich auf fruchtbaren Boden setzt, sondern sie immer wieder beschneidet, vermag auch ein struktureller Umbau die selbst geschaukelten Löcher nicht zu stopfen.

*Marie Luise von Halem
Hochschul- und wissenschafts-
politische Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/7f7

VOR DEM GROSSEN WURF?

HALBZEIT IN DER ENQUETEKOMMISSION

„Kommunalreform: Alle warten auf den großen Wurf“. So titelte zur Halbzeit der Enquetekommission „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ eine Regionalzeitung und kritisierte einen Mangel an klaren Aussagen.

Gestartet ist diese zweite Enquetekommission des Landtags im März 2011 mit großen Erwartungen. Denn auch die Herausforderungen, vor denen das Land steht, sind groß: Die Bevölkerung wird nicht nur älter, sondern konzentriert sich auch stärker im Berliner Umland, während die berlinfernen Regionen an EinwohnerInnen verlieren. Durch das Auslaufen des Solidarpaktes gehen bis 2020 kontinuierlich Mittel für Investitionen zurück. Es werden große Anstrengungen notwendig, damit Land und Kommunen 2020 ausgeglichene Haushalte haben. Zudem ändern sich die Erwartungen der Bevölkerung an die Verwaltung. Verlangt werden Bürgernähe und Transparenz auf allen staatlichen Ebenen.

Zwischenbericht zur Halbzeit

Es ist absehbar, dass die derzeitigen Verwaltungsstrukturen und die Aufgabenverteilung zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden angesichts dieser Herausforderungen nicht zukunftsfähig sind. Entsprechend umfangreich ist die Agenda der Kommission. Die Zeit bis zum Zwischenbericht Mitte August war geprägt von der Evaluierung der aktuellen Situation und dem Vergleich mit der Organisations- und Verwaltungsstruktur anderer Bundesländer und Staaten. Dazu hatten die Kommissionsmitglieder bis Mai 45 ExpertInnen angehört.

Jetzt wird es richtig spannend

Nach der Bestandsaufnahme wird es nun konkret. Aus allen Vorträgen und Berichten müssen Schlussfolgerungen für unsere zukünftige Kommunal- und Verwaltungsstruktur gezogen werden. Wir legen Wert darauf, jetzt die Grundlagen für ausreichend



Aufgaben und Strukturen neu zuschneiden

flexible und dauerhaft zukunftsfeste Verwaltungsstrukturen zu schaffen, die nicht mehr im Dekadenrhythmus in Abhängigkeit von Schrumpfs- und Zuwanderungsprozessen geändert werden müssen sowie auf eine deutliche Ausweitung der kommunalen, direkten und indirekten demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der BürgerInnen. Unsere Fraktion wird weiterhin an der Entwicklung eines möglichst breit getragenen Ergebnisses mitarbeiten und sich dafür einsetzen, dass die Diskussion nicht von Vorfestlegungen einzelner Parteien und den Einzelinteressen der kommunalen Spitzenverbände zerrieben wird.

Auf den großen Wurf muss man vielleicht noch warten. Dass wir als bündnisgrüne Fraktion auch in dieser Kommission hart daran arbeiten, Brandenburg zukunftsfest zu machen – darauf können sich die BürgerInnen verlassen.

Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin

Näheres auf www.gruenlink.de/1h7

KOMMUNALVERFASSUNG

MEHR DEMOKRATIE FÜR STÄDTE & GEMEINDEN

Seit 2007 vereinigt die Kommunalverfassung alle grundlegenden Vorschriften für die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung in Landkreisen, Städten, Ämtern und Gemeinden. Dieses Jahr hat die Landesregierung das Gesetz evaluiert, allerdings nur in Zusammenarbeit mit den Kommunalaufsichtsbehörden und kommunalen Spitzenverbänden (Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund). Wir haben uns für eine Anhörung im Innenausschuss eingesetzt, um weiteren Gruppen die Stellungnahme zu ermöglichen. Dieses Angebot haben der Verein für grün-bürgerbewegte Kommunalpolitik und Mehr

Demokratie e.V. genutzt. Durch ihre Ausführungen sehen wir uns bestärkt, zukünftig die Beteiligungsmöglichkeiten auch auf kommunaler Ebene deutlich zu verbessern. Lokale Initiativen für mehr demokratische Mitbestimmung und zur Steigerung der Identifikation mit dem Gemeinwesen müssen stärker unterstützt werden. Wir wollen die direktdemokratischen Mitwirkungsrechte auf Gemeindeebene erweitern und den Katalog von Themen, zu denen derzeit keine Bürgerentscheide stattfinden können, deutlich verkleinern: Bei der Bauleitplanung sollten die EinwohnerInnen genauso mitreden können wie bei Teilen des Haushalts.

Wir halten es ebenso für dringend notwendig, die Berücksichtigung der Belange bestimmter Gruppen festzuschreiben und z.B. Kinder- und Jugendbeteiligung zu stärken, die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten zu erweitern und Behindertenbeauftragte besserzustellen. Auch die überlangen Amtszeiten der HauptverwaltungsbeamtInnen (BürgermeisterInnen, AmtsdirektorInnen und LandrätInnen) gehört auf den Prüfstand. Unser Ziel ist, ehrenamtliche MandatsträgerInnen zu stärken und für mehr Demokratie in den Städten und Gemeinden zu sorgen. Hierzu werden wir im weiteren parlamentarischen Verfahren Vorschläge machen und Anträge einbringen.

*Ursula Nonnemacher
Kommunalpolitische Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/avk

IM NORDEN VIEL NEUES

Bildungssystem, Lebensqualität, Wirtschaftskraft – in fast allen Länder-rankings nehmen skandinavische Staaten Spitzenpositionen ein. So ist es kein Wunder, dass immer wieder deutsche Parlamentariergruppen in den Norden reisen, um sich ein Bild davon zu machen, was in Skandinavien besser läuft als zu Hause. Die Mitglieder der Enquetekommission zur Zukunft der Landes- und Kommunalverwaltung wagten ebenfalls einen Blick über den Tellerrand, um zu schauen, welche Erfahrungen andere Länder mit

Funktional- und Gebietsreformen haben. Die Wahl hierfür fiel auf Schweden und Dänemark – zwei im Wesentlichen eher dünn besiedelte Länder mit starken Kommunen, die in den vergangenen Jahren zahlreiche Reformen durchgeführt haben.

Auch wenn der Staatsaufbau sich in beiden Ländern stark vom föderalen deutschen System unterscheidet, war es für die Kommissionsmitglieder interessant zu sehen, wie Verwaltung in Staaten mit starken Kommunen funktioniert. In beiden Län-

dern sind große Kommunen gebildet worden, die quasi alle Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen. Die regionale Ebene ist fast ausschließlich für das Gesundheitswesen zuständig. Eine Vertretung in den Dörfern oder Stadtteilen existiert nicht, so dass die Distanz zwischen den BürgerInnen und der Kommunalpolitik teilweise sehr groß ist. Beeindruckend waren die intensive Vorbereitung der Verwaltungsreformen und die klare Abgrenzung von Zuständigkeiten der verschiedenen staatlichen Ebenen.

*Ursula Nonnemacher
Kommunalpolitische Sprecherin*

IM PORTRAIT

JÖRG GLEISENSTEIN: ZWEI SICHTWEISEN AUF KOMMUNALPOLITIK

„Tschüß, ich bin mal schnell in Polen ...“ – für Jörg Gleisenstein ist das nichts Ungeöhnliches. Zum einen weil er in Frankfurt an der Oder wohnt und es nach Slubice nur ein Katzensprung ist. Zum anderen weil ein Besuch der Nachbarstadt auch immer eine Rückkehr zu seinem alten Arbeitsort ist. Von 2001 bis 2004 hat er am Collegium Polonicum gearbeitet, nachdem er bereits für einige Semester in Krakau studiert hatte. „Die Grenze nehme ich selbst gar nicht wahr“, so der 39-Jährige, der regelmäßig auf der anderen Seite des Flusses Freunde trifft.



Der Blick auf die Zusammenhänge

Diese Einstellung erwächst wahrscheinlich auch dem Blick des diplomierten Raumplaners, der die räumlichen Zusammenhänge und ihre Auswirkungen auf viele Menschen im Fokus hat – über Grenzen hinweg, aber auch regional und in der einzelnen Kommune. Um dieses Spannungsfeld geht es auch in seiner Arbeit für die bündnisgrüne Fraktion. Seit 2011 ist der gebürtige Niedersachse Referent für Kommunalpolitik, einen vernetzten Politikbereich, der derzeit heiß diskutiert wird. Welche Aufgaben haben Kommunen heute und in Zukunft? Wie kann die BürgerInnenbeteiligung gewährleistet werden? Wie gelingt die Energiewende vor Ort?

Kommunalpolitik als Querschnittsaufgabe

In den nächsten Monaten geht es für Jörg vor allem um die Reform der Kommunal- und Landesverwaltung, um die sich derzeit eine Enquetekommission bemüht (s. S. 6). Oft berührt sein Berufsalltag Querschnittsthemen wie die Altanschließerproblematik oder auch die Beteiligung der BürgerInnen an der Energiewende, bei denen Sach- oft auf juristische Fragen treffen. „Die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion und Mitgliedern von Bürgerinitiativen und Verbänden ist da sehr wichtig und reizvoll“, so sein Fazit.

Ein großer Vorteil für die Fraktion ist Jörgs praktische Erfahrung – er engagiert sich neben seinem Job in Potsdam als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker. Seit 2008 ist

er als einziger Bündnisgrüner Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt (Oder) und dort zum Co-Vorsitzenden des Europäischen Integrationsausschusses benannt worden. Hier kümmert er sich um das Zusammenwachsen des gemeinsamen Stadtraums von Frankfurt und Slubice – mit allen Details, die dazu gehören: Zweisprachige Kitas, die Verbesserung des grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehrs oder Städtepartnerschaften. Seine polnischen Sprachkenntnisse und beruflichen Erfahrungen kann er hier gut einsetzen. Und natürlich sein grundsätzliches Interesse am Nachbarland: „Es ist einfach toll, dass ich direkt vor der brandenburgischen Haustür in eine andere Kultur eintauchen kann.“

Alena Müller



ENERGIEPFLANZEN

VIELFALT STATT MONOKULTUREN

Biomasse ist mittlerweile ein fester Bestandteil des erneuerbaren Energiemixes. Allerdings zeigt sich immer mehr, dass der intensive und großflächige Anbau insbesondere von Mais mit hohem Dünger- und Pestizideinsatz gravierende Auswirkungen hat. Velerorts, vor allem im Norden Brandenburgs, prägen mit einem Anteil von über 50 Prozent der Gemeindefläche immer mehr monotone Maisäcker das Landschaftsbild. Eine derartige Vermaisung bedroht die Artenvielfalt sowie die Fruchtbarkeit der Ackerböden und schadet auch der öffentlichen Akzeptanz des Energiepflanzenanbaus.

Um das Problem breit zu diskutieren, lud unsere Fraktion Anfang Juni zu einer Tagung. Die anwesenden Expert_innen des Umweltministeriums, der Bauernschaft, der Umweltverbände und der Biogasbranche waren sich einig: So wie bisher kann es nicht weitergehen, die Landesregierung muss regulierend eingreifen. Die Verantwortung auf Bundesebene oder EU abzuwälzen, hieße, die Hände in den Schoß zu legen und die Augen zu verschließen.

Politik muss eingreifen

Das positive Bekenntnis der Bündnisgrünen zur Biomasse darf kein Freibrief für Agrarinvestor_innen sein, massenhaft die begrenzten landwirtschaftlichen Flächen beispielsweise mit Mais-Monokulturen zuzupflastern. Die Fraktion will das Thema deshalb noch in diesem Jahr mit einem Antrag zur nachhaltigen Bioenergienutzung in den Landtag tragen. Mit der anstehenden Novelle des Naturschutzgesetzes besteht durch die Definition der „guten fachlichen

Praxis" ein effektiver Gestaltungsspielraum, der dringend genutzt werden muss – zumal entsprechende landesspezifische Regelungen für die Forst- und die Fischereiwirtschaft längst getroffen worden sind. Zum Schutz der Naturgüter muss das Gesetz eine ausreichende Feldfruchtdiversifizierung und obligatorische Fruchtfolge sicherstellen. Demnach sollte keine Frucht auf mehr als 50 Prozent (derzeit 70 Prozent) der Fläche angebaut werden dürfen. Ausnahmen wären sinnvoll für Futtermittelpflanzen wie Lupine, Bohnen und Erbsen. Sie haben den Vorteil, die Bodenfruchtbarkeit zu fördern.

Nahrungsmittel haben Priorität

Um einer kommenden Krise der Biomassenutzung entgegenzuwirken, müssen frühzeitig neue Wege eingeschlagen werden. Nur so kann späterer Schaden von Natur und Bauernschaft abgewendet werden. Wir setzen klare Prioritäten: An erster Stelle steht die Erzeugung von ausreichend Nahrungsgütern. An zweiter Stelle kommt die energetische Verwertung von Hofabfällen sowie von Abfallstoffen aus der Nahrungsgüterproduktion in regionalen Stoff- und Wertschöpfungskreisläufen. Erst an dritter Stelle steht die direkte Erzeugung nachwachsender Rohstoffe zur stofflichen und energetischen Nutzung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsziele.

*Sabine Niels
Landwirtschaftspolitische
Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/atf

STUDIE, ZWEITER TEIL

DEUTLICHER HANDLUNGSBEDARF IM WÄRMESEKTOR

Der zweite Teil der Studie zur Versorgung der Region Berlin-Brandenburg mit erneuerbaren Energien liegt jetzt vor. Bereits im April hatte die Fraktion den ersten Teil zur Stromversorgung vorgestellt. Der nun vom Reiner Lemoine Institut erstellte Bericht zur Wärmeversorgung offenbart, dass die Energiewende im Wärmebereich noch nicht angekommen ist.

Das fängt bei der Erfassung der Daten an. Während in Berlin der Wohnungsbestand sehr gut erfasst ist, fehlen in Brandenburg Informationen, um den Energieverbrauch von Bestandsgebäuden exakt berechnen zu können. Die Daten zum Wärmebedarf von Gewerbeimmobilien und der industriellen Produktion sind so dünn gesät, dass die GutachterInnen diesen Bereich nicht berücksichtigen konnten. Die schlechte Datenlage irritiert, weil seit lan-

gem bekannt ist, dass im Bereich Wärme zweieinhalb Mal so viel Energie verbraucht wird wie im Stromsektor.

Der Weg zum klimaneutralen Wärmesektor

Mit stark reduziertem Verbrauch durch Dämmung und effizienterer Technik ist die Umstellung auf Erneuerbare machbar. Dennoch kommt die Studie zu einem ernüchternden Ergebnis: Die vollständige Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien wird bis 2030 noch nicht gelingen. Selbst wenn die ForscherInnen mit einer ambitionierten Sanierungsquote von 2 Prozent rechnen, ist sehr viel mehr Zeit notwendig. Um die Potenziale für Energie- und CO₂-Einsparungen im Wärmebereich zu erschließen, muss als erstes durch die Sanierung des Gebäudebestands der Energiebedarf sinken. Darüber hinaus kann

durch effizientere Technik und emissionsarme Energiequellen gespart werden. Aber erst wenn zusätzlich Erneuerbare, z. B. Solar- und Geothermie, im Verbund eines Fernwärmenetzes ihre Stärken voll ausspielen, könnte sich das CO₂-Einsparpotenzial verdoppeln.

Braunkohleverstromung endlich ersetzen

Der Aufwand, die meist kleineren Häuser in Brandenburg energetisch zu sanieren, ist höher als in Berlin, wo dichte Siedlungsstrukturen bessere Voraussetzungen bieten. Dennoch hat auch Brandenburg Möglichkeiten, um den CO₂-Ausstoß von Bestandsgebäuden zu reduzieren. Die Studie zeigt z.B., dass die Fernwärme in Brandenburg immer noch zu fast zwei Dritteln aus Braunkohlekraftwerken kommt. Die klimafreundlichen Alternativen sind Solarenergie, Geothermie und Kraft-Wärme-Kopplung aus (Bio-) Gaskraftwerken. Nah- und Fernwärmenetze ermöglichen es zudem, auch jene Gebäude mit erneuerbaren Energien zu versorgen, die sich aufgrund ihres Aufbaus oder wegen des Denkmalschutzes nicht klimaneutral umbauen lassen.

Michael Jungclaus
Energiepolitischer Sprecher

Näheres auf www.gruenlink.de/50g



ARBEIT FÜR ÄLTERE

Jede/r dritte Beschäftigte ist in Brandenburg mittlerweile älter als 50 Jahre. Zwei Drittel dieser Arbeitskräfte steigen vorzeitig aus dem Berufsleben aus. Lediglich 14 Prozent der ArbeitnehmerInnen sind bis zum regulären Renteneintrittsalter tätig. Hiesige Unternehmen klagen über den absehbaren Fachkräftemangel. Jedoch ergreift bisher nur jeder sechste Betrieb, der Ältere beschäftigt, auch Maßnahmen, damit die Belegschaft länger gesund bleibt und deshalb auch länger arbeiten kann. Dabei gibt es verschiedene Konzepte, wie älteres und erfahrenes Personal in den Arbeitsmarkt integriert werden kann. Darüber sprachen wir Mitte Juni mit ExpertInnen auf unserem gut besuchten Fachgespräch „Arbeit für Ältere“.



© Ludo29880 - flickr.com

Know-how sichern

Petra Meyer vom Deutschen Gewerkschaftsbund Brandenburg stellte EU-Programme zur Qualifizierung Älterer vor. Diese verbinden lebensnahe Arbeitszeitgestaltung mit einer demographiefesten Tarifpolitik. Über die langfristige Personalentwicklung für Betriebe durch Demographielotsen berichtete

Christiane Worrack von der Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft aus Lauchhammer. Unternehmen erreichen damit einen guten Altersmix und sichern sich so praktisches und technologisches Know-how. Das Konzept sieht auch Berufswegeplanungen vor, welche die Beschäftigungsfähigkeit und Potenziale von älteren MitarbeiterInnen fördern. Gegen den heraufziehenden Pflegenotstand in Krankenhäusern entwickelte Sebastian Dienst, Pflegedirektor des Klinikums Ernst von Bergmann in Potsdam, neue Berufsbilder speziell für älteres Personal. Ältere Krankenschwestern und -pfleger bekommen neue Aufgabenfelder in der Pflege. Diese gehen allerdings häufig mit finanziellen Einbußen einher, da die Tätigkeiten geringer bezahlt werden.

Lebenslanges Lernen fördern

Auf den Punkt Vergütung ging auch Gisela Gehrman vom Potsdamer Projektbüro „Schickes Altern“ ein. Aus dem Beratungsalltag berichtete sie: Ältere wollten gerne länger arbeiten. Jedoch nicht ehrenamtlich – sondern bezahlt, da die Renten häufig nicht ausreichend seien und das Ehrenamt auch mit Aufwendungen verbunden sei. In ihrer Lebensmitte würden Ältere gern eine finanziell abgesicherte, neue Berufsausbildung starten, um die Möglichkeit zum lebenslangen Lernen wahrzunehmen. Bedauerlicherweise werden solche späten Berufsausbildungen nicht gefördert.

Am Ende des Fachgesprächs stand die Erkenntnis: Die Brisanz des demographischen Wandels zwingt Betriebe zu größeren Anstrengungen im Wettbewerb um Fachkräfte. Um also ältere Beschäftigte länger im Unternehmen zu halten, sollten Unternehmen verschiedene Integrationswege, gute Vergütungen, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen nutzen.

*Ursula Nonnemacher
Sozialpolitische Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/ate

DIE „BRAUNE SPREE“

Wir beobachten die zunehmende Braunfärbung von Fließgewässern in der Umgebung des Braunkohlebergbaus mit großer Sorge. Zunächst waren außer der Spree bei Spremberg nur die Oberläufe der Spreewaldzuflüsse betroffen. Nun hat die braune Fracht den Spreewald erreicht. Durch die Kohleförderung hat sich dort zuerst das Grundwasser abgesenkt und nun steigt es wieder. Dabei kommt es zur Verwitterung von Pyrit, das in den Bodenschichten der Lausitz lagert. Neben Schwefelsäure entsteht so auch Eisenhydroxid (sog. Eisenerocker), das die Braunfärbung verursacht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Umweltschützer warnen seit Jahren vor den ökologischen und ökonomischen Folgen des Bergbaus – nun hat das Thema eine neue Brisanz. Auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion (Drucksache 5/4614) antwortete die Landesregierung: „Die Einleitung Eisen-II-haltiger Wässer kann infolge toxischer Wirkungen zur direkten Verarmung/Vernichtung der

aquatischen Fauna sowie zur Beeinflussung der Flora im Gewässer führen.“ Touristiker_innen und Naturschützer_innen rechnen mit einer ökologischen Verödung großer Teile des UNESCO-Biosphärenreservates Spreewald. Wenn es nicht gelingt, die Ockerfracht vor dem Schutzgebiet abzufangen, sind auch der Tourismus, die Fischerei und die Landwirtschaft gefährdet. Bisher hat die Regierung in Potsdam keine Strategien. Doch zumindest will man über das Problem reden: So soll laut der Bergbausaniererin LMBV der Abschlussbericht einer großen Studie zum Jahresende vorliegen. Für 2013 seien öffentliche Debatten geplant. Wir werden das Thema weiterhin kritisch begleiten.

Sabine Niels
Regional für die Lausitz zuständige Landtagsabgeordnete von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wolfgang Renner
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
LV Brandenburg

Näheres auf www.gruenlink.de/ayi

TERMINE

• GRÜNE FILMREIHE

Filmabend "Kriegerin"
mit anschließender Diskussion

Dienstag, 6. November 2012, 19 Uhr
Arche, Carl-Schmücke-Straße 33,
15366 Neuenhagen

Weitere Termine der Filmreihe unter:
www.gruenlink.de/b1u

• ARBEITEN – LERNEN – WOHNEN – ESSEN

Konferenz zu sozialen Dimensionen
grüner Politik

Samstag, 20. Oktober 2012, 10-16:30 Uhr
Cultur Congress Centrum im Brandenburger Theater; Grabenstraße 14,
14776 Brandenburg an der Havel
www.gruenlink.de/b14

Weitere Informationen zu unseren
Fraktionsveranstaltungen 2012:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

Korrektur: In der Ausgabe 8 von Juni 2012 fehlte die Nennung eines Fotografen. Das Bild vom Potsdamer CSD 2012 auf Seite 11 hat Axel Wipermann zur Verfügung gestellt. Vielen Dank!

PUBLIKATIONEN

Sie haben Interesse an einer unserer Publikationen
oder wollen brandGRÜN abonnieren?

Schreiben Sie uns eine E-Mail an:
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

Auf unserer Webseite finden Sie
alle Publikationen als Download:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8 , 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Tobias Arbingner

Textredaktion: Alena Müller

Bildredaktion: Djuke Nickelsen

Titelbild: © ferkelraggae - fotolia.com

Satz und Layout: ZITRUSBLAU,
Berlin, Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

IM BRANDENBURGER LANDTAG